

Koalition für die Familie

Fokustag für die Familie vom 25. August 2006, Bern

Familien von hohen Prämien entlasten

Der dritte Fokustag für die Familie hat am Freitag Varianten zur Entlastung von Familien von den hohen Krankenkassenprämien diskutiert und konkrete Vorschläge zur Diskussion gestellt.

Die ständig steigenden Krankenkassenprämien belasten besonders Familien mit mehreren Kindern. Eine Ursache dafür ist die uneinheitlich gehandhabte Prämienverbilligung in den Kantonen. Der von der Koalition für die Familie organisierte Fokustag beschäftigte sich deshalb auch grundsätzlich mit Vorschlägen zur Senkung der Kosten im Gesundheitswesen.

HMOs und Ärztenetzwerke

Drei Experten aus Krankenversicherungen machten dazu Vorschläge. Der Gesundheitsökonom und Privatdozent an der Universität Zürich, Konstantin Beck, hat ein Modell zum verbesserten Risikoausgleich erarbeitet, das inzwischen vom Ständerat aufgenommen worden ist. Darauf aufbauend hat der Chefstatistiker bei der CSS-Versicherung Modelle für HMOs und Ärztenetzwerke entwickelt, die den Versicherten Prämienrabatte von 20 % und mehr ermöglichen. Sie haben inzwischen auch Praxisreife erlangt und sich bewährt. Weil in diesen Modellen die Ärzte ein Interesse an einer optimalen und kostengünstigen Behandlung haben, habe das Beratungsgespräch einen hohen Stellenwert, betonte Beck, und berücksichtige auch kostengünstige und präventive Massnahmen.

Strenge Kostenkontrolle

Einen andern Weg zur Kostensenkung hat die Assura eingeschlagen, wie Reto Witschi Stabstellenleiter Leistungen der Versicherung, erklärte. Seine Versicherung betreibe eine konsequente Kostenkontrolle, was zu erheblichen Einsparungen geführt habe. Seit die Assura auch die Apothekerrechnungen nicht mehr direkt bezahle, sondern sie mit den Versicherten abrechne, hätten sich Kostenreduktionen bei Medikamenten von rund 30 % ergeben. Ausserdem gehe die Assura konsequent gegen die „schwarzen Schafe“ vor und setze wenn nötig auch juristische Mittel ein.

Freiwilligen Verzicht ermöglichen

Gerd J. Weisensee, Direktor der Versicherungsagentur Pro Life, erklärte, dass das Modell eines freiwilligen Verzichts – bei der Pro Life namentlich auf Leistungen aus Abtreibungen – markant niedrigere Versicherungsleistungen zur Folge habe. Allerdings stehe das Modell des freiwilligen Verzichts unter politischem Beschuss, auch wenn es sowohl das Eidgenössische Versicherungsgericht wie der Bundesrat bestätigt hätten. Weisensee sprach sich auch für einen schrittweisen Abbau des Risikoausgleichs aus. Es müsse wieder möglich sein, das ländliche Gegenden wie zum Beispiel Bergtäler eine eigene und sehr kostengünstige Versicherung betreiben könnten, welche nicht die Anspruchshaltung der Stadtbewohner subventionieren müsse, wie es unter dem geltenden KVG der Fall sei. Dies erfordere eine Neudefinition des geltenden Solidaritätsprinzips, das Schwächen aufweise. Auch die Pro Life Kunden subventionieren Versicherte mit höheren Ansprüchen an die Krankenversicherung.

Eigenverantwortung belohnen

In einem Podiumsgespräch, an denen auch die Nationalräte Walter Donzé (EVP BE) und Markus Wäfler (EDU ZH) teilnahmen, wurde eine stärkere Eigenverantwortung und deren Belohnung durch das KVG gefordert. Die Kassen sollten die Möglichkeit haben, Module der Grundversicherung anzubieten, welche die Versicherten je nach ihrem Lebensstil auswählen könnten. Versicherte, welche sich bei medizinischen Leistungen zurückhielten, könnten so profitieren. Markus Wäfler bemängelte, dass die Kassen einerseits teure und jahrelange Drogensubstitutionsprogramme bezahlen müssten, während für ausstiegsorientierte Therapien keine Leistungen vorgesehen seien. Auch Walter Donzé forderte einen Leistungskatalog, der sich auf das Notwendige beschränke. Dazu müssten die Versicherer mehr Freiheit erhalten.

Eltern von Kinderprämien befreien

In einer von der Koalition für die Familie (KfF) verabschiedeten Erklärung wird schliesslich die generelle Befreiung der Eltern von den Kinderprämien gefordert. Damit würde die Gesellschaft zu einem Lastenausgleich zwischen Eltern und Kinderlosen beitragen und eine Vorinvestition in die künftige Generation leisten.

Die „Koalition für die Familie“ arbeitet überkonfessionell, vertritt aber die Werte der abendländischen jüdisch-christlichen Tradition. Sie betrachtet die Familie als Fundament und Urzelle jeder menschlichen Gemeinschaft. Die Familie wird durch eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Frau und Mann begründet, die gemeinsam das Leben an die nächste Generation weiter geben. Sie ist in allen Kulturen und Religionen die am stärksten verbreitete Familienform, oft erweitert durch eine bis zwei Generationen. Der Staat soll durch seine Gesetze diese ursprüngliche Familienform bevorzugen und stärken. In gleicher Weise ist er solidarisch mit den Einelternfamilien.

Verein Koalition für die Familie: Elvira Bader (Nationalrätin CVP), Walter Donzé (Nationalrat EVP), Heinz Hürzeler (IGNFP), Käthi Kaufmann-Egger (Jugend & Familie), Christa Leonhard (Schweiz. Stiftung für die Familie), Hansjörg Leutwyler (Schweiz. Evangelische Allianz), Pfr. Beat Schmid (Familie 3+), Walter Schmied (Nationalrat SVP), Heinz A. Suter (Koordinator KfF), Markus Wäfler (Nationalrat EDU).

Für Rückfragen:

Fritz Imhof, Dachsweg 12, 4313 Möhlin. Tel. 061 851 51 96, fritz.imhof@pop.agri.ch, N. 078 61 393 61

Walter Donzé, Nationalrat, 033 671 29 59 und 076 365 50 15, walter.donze@parl.ch
Sekretariat: Schaffhauserstr. 24, 8042 Zürich, Tel. 044 252 94 12, Fax: 044/252 94 13, info@familyplatform.ch